

Wahlprogramm SPD Marzahn-Hellersdorf 2011

für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf und zum Abgeordnetenhaus von Berlin

SPD – NA KLAR !

Inhaltsverzeichnis

1. Unser Anspruch.....	4
2. Bildung	5
2.1 Das haben wir erreicht.....	5
2.2 Dafür stehen wir	6
2.3 Das werden wir tun.....	6
3. Wirtschaft und Arbeit	8
3.1 Das haben wir erreicht.....	8
3.2 Dafür stehen wir	9
3.3. Das werden wir tun.....	9
4. Finanzen und Haushalt	11
4.1. Das haben wir erreicht.....	11
4.2. Dafür stehen wir	11
4.3. Das werden wir tun.....	12
5. Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	13
5.1. Das haben wir erreicht.....	13
5.2. Dafür stehen wir	13
5.3. Das werden wir tun.....	14
6. Integration und Migration	17
6.1 Das haben wir erreicht	17
6.2. Dafür stehen wir	17
6.3. Das werden wir tun	18.
7. Kultur	19
7.1. Das haben wir erreicht.....	19
7.2. Dafür stehen wir	20
7.3. Das werden wir tun:	21

8 .Wohnen und Bauen	22
8.1. Das haben wir erreicht.....	22
8.2. Dafür stehen wir	23
8.3. Das werden wir tun:	23
9. Verkehr	25
9.1. Das haben wir erreicht.....	25
9.2. Dafür stehen wir	25
9.3. Das werden wir tun.....	25
10. Bürgernahe Verwaltung	27
10.1. Das haben wir erreicht.....	27
10.2. Dafür stehen wir	27
10.3. Das werden wir tun.....	28
11. Lebenswerter Bezirk	29
11.1. Das haben wir erreicht.....	29
11.2. Dafür stehen wir	30
11.3. Das werden wir tun	31

1. Unser Anspruch

Die SPD hat in der laufenden Wahlperiode den Bezirk Marzahn-Hellersdorf als Metropolenraum im Wandel entscheidend mitgeprägt. Sei es durch ihre Abgeordneten im Abgeordnetenhaus, ihre Verordneten in der Bezirksverordnetenversammlung und ihre Vertreter im Senat und Bezirksamt.

In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten steht die SPD für die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitik. Wir haben gezeigt, dass politische Spielräume für bürgerfreundliche Entscheidungen durch eine solide Haushaltswirtschaft möglich sind.

Wir haben bewiesen, dass eine von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern anerkannte Verbesserung der Situationen in den Schulen möglich ist. Die Schulstruktur ist zukunftsfähig. Die räumliche Situation der Schulgebäude haben wir verbessert. Dies ist eine Voraussetzung für Marzahn-Hellersdorf als attraktiver Bildungsstandort. Positive Rückmeldungen aus der Elternschaft und von Schülerinnen und Schülern bestätigen dies.

Wir wollen einen attraktiven Bezirk entwickeln. Dieses ist auch in anderen Politikbereichen möglich. Die Stadtentwicklung hat viele ungenutzte Chancen, die Wirtschaftsförderung kann erfolgreich in Richtung moderner ökologischer Industrien fortgeführt werden und an vielen Stellen kann der Bezirk durch innovative Projekte, sowie bürgernahe Politik noch lebenswerter gestaltet werden.

Wir appellieren an die Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger, sich verstärkt für unser Gemeinwesen einzusetzen. Senat und Bezirksamt können nicht alle Probleme alleine lösen. Wir beziehen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Gestaltung ihrer Nachbarschaften aktiv ein.

Unsere Politik im Bezirk ist von sozialer Gerechtigkeit und kommunalen Innovationen geprägt. 100 konkrete Punkte für die kommende Wahlperiode haben wir erarbeitet.

Für eine verantwortungsvolle Politik in Marzahn-Hellersdorf wollen wir mit Stefan Komoß den Bürgermeister stellen!

Es gibt viele Gründe für einen starken Bezirk SPD zu wählen. Es gibt viele Gründe SPD zu wählen. SPD – Na klar!

2. Bildung

2.1 Das haben wir erreicht

In den zurückliegenden fünf Jahren haben wir als SPD den Schul- und Bildungsstandort Marzahn-Hellersdorf mit dem zuständigen Stadtrat Stefan Komoß entscheidend mitgeprägt und verbessert. Dabei haben wir uns von sozialdemokratischen Grundwerten, wie etwa Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, als auch von den konkreten Erfordernissen in unserem Bezirk leiten lassen.

An erster Stelle stand für uns das Anliegen, sowohl die räumliche als auch personelle Situation an den Schulen zu verbessern. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass bei einer berlinweiten Befragung eines Wohnungsunternehmens die Zufriedenheit der Eltern mit Schule in unserem Bezirk am höchsten war.

Große Teile des vom Bund getragenen Konjunkturmittel-Programmes haben wir in die bauliche Verbesserung unserer Schulen (über 20 Millionen Euro) investiert.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im Bildungsbereich galt der erfolgreichen Umsetzung der Berliner Schulstrukturreform in unserem Bezirk. So haben wir nicht nur die damit verbundene Abschaffung der perspektivlosen Hauptschulen begrüßt, sondern uns auch dafür eingesetzt, dass die neuen integrierten Sekundarschulen in gutem baulichen Zustand an den Start gehen konnten.

Des Weiteren haben wir als SPD für die erfolgreiche Einführung von zwei Gemeinschaftsschulen in Marzahn-Hellersdorf gestritten. Dieses berlinweite Schulprojekt, welches ein längeres gemeinsames Lernen in den Vordergrund stellt, bildet für uns eine wichtige Möglichkeit zur Überwindung sozialer Unterschiede.

Den vielfältigen Interessen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk trugen wir mit der beständigen Stärkung der Bibliotheken Rechnung. Zum Beispiel haben wir die Schließung der Bibliothek in Marzahn-Nord (Kleist-Bibliothek) verhindert, uns dafür eingesetzt, dass die notwendigen Sparanstrengungen im Bezirk nicht zu Lasten der Bibliotheken gehen und die Bürgerinnen und Bürger bei der Anschaffung neuer Medien beteiligt werden sollen.

Seit Anfang des letzten Jahres haben wir es ermöglicht, dass Erwachsene in unserem Bezirk die Möglichkeit erhalten, ihren Hauptschulabschluss nachzuholen und damit die Chance zu Weiterbildungen und Berufsabschlüssen erhalten.

Wir haben den Ausbau des Otto-Nagel Gymnasiums zum Ganztagsgymnasium begleitet und unterstützten die Schaffung des seit Jahren notwendigen Ergänzungsbaus durch das Land Berlin.

Wir haben den hohen Anteil von Sonderschülern in Marzahn-Hellersdorf kritisch hinterfragt und uns für eine verstärkte Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den sogenannten Regelschulen eingesetzt. Wir akzeptieren nicht, dass mehr als 70 Prozent der Kinder von Sonderschulen keinen Schulabschluss erreichen.

2.2 Dafür stehen wir

Die SPD steht für Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, das Prinzip von Fördern und Fordern sowie gemeinsames Lernen ohne Ausgrenzungen sowie frühkindliche Förderung.

Die Bildungspolitik ist für uns ein zentraler Politikbereich. Über eine gute Bildungspolitik erhalten Kinder die gleichen Bildungschancen und können ihre Möglichkeiten ausschöpfen und ihre Fähigkeiten voll zur Geltung bringen. Dabei sollen Kinder ihrem Alter und ihren Möglichkeiten gemäß gefördert aber auch gefordert werden. Wichtigster Maßstab einer gelungenen Bildungspolitik ist, dass möglichst viele Kinder einen möglichst hochwertigen Abschluss erreichen.

Darüber hinaus soll der Übergang von der Schule in das Berufsleben ohne Verzögerungen möglich sein und die Schulabgänger einen beruflichen Einstieg finden, der ihren Stärken und Interessen entspricht.

In diesem Sinne ist eine gute Bildungspolitik ein Beitrag für Gerechtigkeit und Integration. Über einen qualifizierten Schulabschluss können Kinder aller sozialen und ethnischen Herkunft in der Gesellschaft ihren Platz finden. Über die Schulzeit hinaus steht die SPD für lebenslanges Lernen und den Ausbau der Lernangebote für Erwachsene und Kinder in bezirklichen Einrichtungen wie der Musikschule, der Volkshochschule oder dem Kolleg.

Die großen Veränderungen im Bildungsbereich werden im Wesentlichen auf der Landesebene gestaltet. Jüngstes Beispiel hierfür sind die Abschaffung der perspektivlosen Hauptschule und die berlinweit erfolgreich eingeführte integrierte Sekundarschule zum Schuljahr 2010/11. Es muss eine erfolgreiche Schul- und Bildungspolitik auch in den Bezirken gestaltet werden, welche die Besonderheiten und Bedürfnisse vor Ort berücksichtigt.

2.3 Das werden wir tun

Schulstandorte erhalten

Wir werden keine weiteren Schulstandorte aufgeben und die bestehenden Schulen in ihren Entwicklungen unterstützen.

Die bezirklichen Schulen werden weiter unterstützt werden, ihre Angebote auszubauen und damit ihre Schulprofile zu stärken. Öffentliche Schulen müssen für alle Bevölkerungsschichten attraktiv sein.

Grundschulen sanieren

Die Grundschulen werden Schwerpunkte der baulichen Investitionen in der nächsten Wahlperiode, da mit den Konjunkturprogrammen vorrangig Oberschulen ausgebaut wurden.

Gymnasien erhalten

Die fünf vorhandenen Gymnasien bleiben erhalten; ihre Kapazitäten werden angesichts wieder steigender Schülerzahlen ausgebaut.

Sekundarschulen ausbauen

Die acht neuen integrierten Sekundarschulen werden wir in der Erarbeitung ihrer Schulprofile unterstützen. Ein wesentliches Merkmal dieses Schultyps ist die Möglichkeit, nach 13 Jahren das Abitur abzulegen. Unternehmenskontakte zur Umsetzung des Dualen Lernens werden wir ausbauen.

Dritte Gemeinschaftsschule für Marzahn-Hellersdorf

In der kommenden Wahlperiode werden die beiden neu gegründeten Gemeinschaftsschulen baulich vollendet und eine neue Gemeinschaftsschule geschaffen.

Mehr Gemeinsames Lernen

Die Angebote für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelschulen werden ausgebaut. Dieses geschieht nach dem erfolgreichen Hellersdorfer Schulvorhaben INKA durch die Versetzung von Sonderpädagogen an die Regelschulen und eine individuelle Unterstützung in Grund- und Oberschulen.

Kein weiterer Personalabbau – Ein Hausmeister für jede Schule

Mit uns gibt es keinen Personalabbau der bezirklichen Beschäftigten an den Schulen. In jede Schule gehören mindestens ein Hausmeister und eine Sekretärin.

Innovative Projekte

Die SPD steht für innovative Projekte für Schülerinnen und Schüler und wird deshalb unter anderem ein für alle Grundschülerinnen und Grundschüler offenes naturwissenschaftliches Kinderforscherzentrum in der Nähe der Hellen Mitte umsetzen. Wir streben zudem einen Ausbau dieses Kinderforscherzentrums für Oberschülerinnen und Oberschüler an.

Zweiten Bildungsweg stärken

Das Nachholen von Haupt- und Realschulabschlüssen sowie des Abiturs auf dem zweiten Bildungsweg an Kolleg, Volkshochschule und an der Kerschensteiner Schule wird ausgebaut und bleibt kostenfrei.

Musikunterricht ausbauen

Die Anzahl der Musikschülerinnen und Musikschüler an unserer Musikschule soll sich in fünf Jahren verdoppeln. Dabei sollen gerade für Menschen mit geringem Einkommen Angebote entwickelt werden, damit diese vermehrt am Musikunterricht teilhaben können. Die entsprechenden Honorarmittel für Musiklehrerinnen und Musiklehrer werden sichergestellt.

Bessere Bibliotheken

Um die Ausstattungen der Bibliotheken zu verbessern, streben wir zusätzliche finanzielle Kooperationen mit lokalen Wirtschaftsunternehmen an. Der Bestand der Bibliotheken wird gesichert. Wir werden den Ausbau zu modernen Kommunikationszentren vorantreiben.

Bürgerschaftliches Engagement unterstützen

Bürgerschaftliches Engagement, wie etwa Lesepatenschaften in Schulen, soll gefördert und weiter ausgebaut werden.

Schulpflicht durchsetzen

Um den Schulbesuch als Grundlage für einen Schulabschluss zu sichern, fordern wir die konsequente Umsetzung der vorhandenen Maßnahmen, um die Schulpflicht durchzusetzen.

Schulpersonal aufstocken

Wir setzen uns gegenüber dem Land Berlin dafür ein, dass sowohl Schulpsychologinnen und Schulpsychologen als auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in allen Schulen jeder Schulform regelmäßig präsent sind. Die Schulen sollen mit 103 % Lehrpersonal ausgestattet werden.

Übergang Schule-Beruf-Studium stärken

Die bestehenden Projekte und Ansätze, um den Übergang von Schule in den Beruf und Studium zu unterstützen, wollen wir, z.B. mit Karrieretagen und frühzeitige Arbeitsmarktorientierung, weiter ausbauen. Kooperationen zwischen lokalen Unternehmen, öffentlicher Verwaltung, Hochschulen und Schulen müssen verstärkt genutzt werden.

Unser Bezirk als Hochschulstandort

Wir unterstützen die Alice-Salomon-Hochschule bei ihren Bemühungen zur Werbung neuer Studentinnen und Studenten. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Einrichtungen in unserem Bezirk und der Hochschule wollen wir fördern und ausbauen.

3. Wirtschaft und Arbeit

3.1 Das haben wir erreicht

Die SPD hat auf Landes- und Bezirksebene mit der Staatssekretärin Iris Spranger, ihren Bezirksstadträten und der Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung die Finanzierung des Clean-Tech Business Park erfolgreich unterstützt.

Die SPD hat sich für die Schaffung von Ausbildungsplätzen durch den Ausbildungsverbund engagiert.

Die SPD steht für Beschäftigungsmodelle zur Förderung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter über 50 Jahren.

Die SPD unterstützte durch zahlreiche Anträge, Initiativen und Aktionen die Förderung und Entwicklung des Einzelhandels im Bezirk.

Die SPD setzt sich für Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit Energieressourcen ein. Ein Ziel der SPD ist es, die Rekommunalisierung der Dienstleistungsbetriebe, wie etwa Reinigungs- und Winterdienst des Bezirkes, zu erreichen.

3.2 Dafür stehen wir

Eine sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Berlin ist wieder wirtschaftlich erfolgreich. Besonders im Bereich der nachhaltigen Technologien, in der Gesundheitswirtschaft, Tourismus und der Kreativwirtschaft. Die Ansiedlung von berlinweit 750 neuen Unternehmen haben für unseren Stadtbezirk positive Ergebnisse gebracht. Wir konnten unsere Arbeitslosenzahl unter den berlinweiten Durchschnitt senken.

Die SPD engagiert sich für jeden Arbeitsplatz im Bezirk, denn dies bedeutet mehr Kaufkraft, mehr Steuern und vor allen Dingen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch jeden Einzelnen.

Die wirtschaftlichen Strukturen in unserem Bezirk und die Standortlage sind von guter Qualität. Die verkehrsgünstige Lage an der B1/B5 und an die Autobahn ist ein Standortvorteil für den Bezirk. Dieser wollen wir durch politische Maßnahmen nutzen. Für eine bessere Anbindung, insbesondere an den neuen Großflughafen Berlin-Brandenburg-International, werden wir uns weiterhin einsetzen.

Wir können auf die Leuchttürme, wie in der Gesundheitswirtschaft mit dem Unfallkrankenhaus Berlin und Vivantes, mit unseren Gewerbegebieten und unseren kulturtouristischen Kleinodien, wie dem Schloss Biesdorf, dem Gutshaus Mahlsdorf, den Gärten der Welten, aufbauen und zusätzlichen wirtschaftlichen Nutzen erreichen.

3.3. Das werden wir tun

Arbeit

Arbeit und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen hat für uns Priorität. Wir wollen eine stärkere inhaltliche Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Job-Center, um noch mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Gewerbegebietekonzept

Wir werden ein Gewerbegebietskonzept für eine Weiterentwicklung und Zusammenarbeit der einzelnen Gewerbegebiete untereinander entwickeln.

Berlin-Eastside

Die Marke „Berlin-Eastside“ für unsere Region muss national und international offensiv vermarktet werden, um das Interesse von Investorinnen und Investoren zu wecken.

Clean Tech Business Park - Saubere Energien

Die Weiterentwicklung und die intensive Vermarktung des Clean Tech Business Park Marzahn muss vorangetrieben werden. Das Industriegebiet muss als herausragender Standort der sauberen Energie im Berliner Vergleich positioniert werden.

Wirtschaftsnetzwerk

Wir werden die konstruktive Arbeit mit den vor Ort ansässigen Wirtschaftsvereinen und Verbänden in einem Wirtschaftsnetzwerk bündeln.

Unternehmensservice

Der „Unternehmensservice“ ist speziell für Bestandsunternehmen im Jahr 2010 Gegründet worden. Wir werden auf seine Effektivität prüfen und gegebenenfalls verbessern.

Unternehmer- und Standortkonferenzen

Wir wollen regelmäßig Unternehmen und Standortkonferenzen durchführen, um die tatsächliche Bedarfslage der Unternehmen vor Ort zu ermitteln und mit aktiver Hilfe zu verbessern.

Runder Tisch für Kleine- und Mittlere Unternehmen (KMU)

Um gezielt Kleineren- und Mittleren Unternehmen zu unterstützen, werden wir einen Runden Tisch KMU einrichten. Er soll fördernd, beratend und unterstützend wirken.

Gesundheitswirtschaft

Die Aktivierung und Ausweitung der Potentiale im Bereich Gesundheitswirtschaft werden vorangetrieben. Es müssen Verknüpfungen zur Medizintechnik und Biotechnologie hergestellt werden.

Auftragsvergabe

Die Auftragsvergabe des Bezirksamtes muss im Rahmen der gesetzlichen Regelungen derart gestaltet werden, dass diese in möglichst kleinen Aufträgen erfolgt und damit den regionalen Wirtschaftsunternehmen zugänglich wird.

Ausbildungsplatzprogramm

Durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen den regionalen Wirtschaftsverbänden und den Schulen wollen wir eine Zusammenarbeit im Rahmen der gezielten Ausbildungsplatzfindung fördern.

Praktikantinnen und Praktikanten

Die SPD hat auf Landesebene eine Bezahlung von Praktikantinnen und Praktikanten in der öffentlichen Verwaltung erreicht. Wir fordern eine Umsetzung der Regelung und eine faire Vergütung für die bezirkliche Verwaltung.

Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungen

Wir wollen keine Diskriminierung von Arbeitssuchenden, und werden Unternehmen ermutigen und unterstützen, Bewerbungen nur noch anonymisiert anzunehmen. Die Verwaltung wird eine Vorbildfunktion einnehmen.

4. Finanzen und Haushalt

4.1. Das haben wir erreicht

In der laufenden Wahlperiode wurden unter maßgeblicher Gestaltung des SPD Finanzstadtrates Stefan Komoß und der SPD Fraktion ausgeglichene Haushalte erreicht.

Auf der Basis solider Haushalte konnte ein kontinuierlicher Schuldenabbau durch konsequente Konsolidierung erreicht werden. Insgesamt wurden seit der Übernahme des Finanzressorts durch die SPD über 9 Mio. Euro Schulden zurückbezahlt. Marzahn-Hellersdorf ist nicht mehr der am höchsten verschuldete Bezirk in Berlin und konnte einen Teil seiner Altlasten abtragen.

Nach vielen Jahren ohne Investitionen in die Infrastruktur des Bezirks wurde in der laufenden Wahlperiode unter Verantwortung der SPD Ressorts wieder mit Investitionen in Schulen, Kitas und Grünanlagen begonnen.

Die SPD hat sich intensiv bei der Durchführung des Bürgerhaushalts beteiligt.

Unsere Vertreterinnen und Vertreter im Bezirk haben sich für die auskömmliche Finanzierung der Bezirke durch das Land Berlin eingesetzt.

Die SPD Bezirksstadträte haben durch ihre Berichterstattung zur Erreichung von Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger bei der Vergabe von Sondermittel gesorgt.

4.2. Dafür stehen wir

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass hohe Schulden zu einer Einschränkung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten führen. Selbst Staaten der Europäischen Union müssen sich Sparvorgaben unterwerfen und haben keine eigenen Entscheidungsmöglichkeiten mehr.

Eine ähnliche Situation für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf muss im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vermieden werden. Zudem verlangt das Gesetz über die sogenannte Schuldenbremse, verstärkte Sparanstrengungen bei der Aufstellung von Haushalten und der Haushaltsdurchführung.

Es ist für die SPD von entscheidender Bedeutung, dass die Finanzen im Land Berlin und im Bezirk Marzahn-Hellersdorf in einem Zustand sind, der politische Schwerpunktsetzungen weiterhin ermöglicht. Ausgeglichene Haushalte und eine Rückführung der Schuldenhöhe sind die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung im Land und im Bezirk. Gegenwärtige und künftige Generationen werden ihre Vorstellungen zur Gestaltung der Gesellschaft nur dann umsetzen können, wenn die öffentlichen Haushalte in einem vertretbaren Zustand sind. Hierzu bedarf es kompetenter Fachpolitik und Fachpolitikerinnen und -politiker.

Die SPD hat mit dem Finanzsenator, der aus dem Bezirk kommenden Finanzstaatssekretärin Iris Spranger und mit dem Finanzstadtrat und Bürgermeisterkandidaten Stefan Komoß in den vergangenen Jahren eine erfolgreiche Finanzpolitik umgesetzt.

Der Anspruch der SPD ist es diese fortzuführen und Finanz- und Haushaltspolitik sachgerecht zu gestalten. Die Grundlage unserer Finanz- und Haushaltspolitik ist dabei eine Bewertung der im Bezirk notwendigen Aufgaben und Leistungen und der Anspruch diese ausreichend zu finanzieren.

4.3. Das werden wir tun

Bezirksfinanzen weiter sichern

Die Berliner Bezirke sollen für die Erfüllung ihrer Aufgaben auskömmlich finanziert werden.

Seriöse Haushaltsfinanzierung fortführen

Der Haushalt wird nach seriösen Grundsätzen der Haushaltswahrheit und –klarheit ausgeglichen aufgestellt.

Investitionen fortsetzen

Auf der Basis ausgeglichener Haushalte soll die Verbesserung der bezirklichen Infrastruktur durch die Fortsetzung von Investitionen gesichert werden.

Schuldenabbau ohne Einschränkungen bezirklicher Leistungen

Bei auskömmlicher Finanzierung durch das Land Berlin wird der Schuldenabbau fortgesetzt ohne dass bezirkliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger dadurch eingeschränkt werden.

Bezirkliche Sonderbelastung finanziell ausgleichen

Mit dem Land Berlin werden Verhandlungen über die Berücksichtigung des Schuldenanteils aufgenommen, der durch den enormen Schülerrückgang zwischen 1995 und 2009 entstanden ist.

Kostenbewusstes Handeln im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Ein kostenbewusstes Handeln in allen Bereichen des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf ist Voraussetzung für ausgeglichene Haushalte und Schuldenabbau. Das Bewusstsein und die notwendigen Instrumente zu schaffen ist Bestandteil unserer Haushaltspolitik.

Bezahlung von Rechnungen sichern

Die SPD wird weiter an Modellen arbeiten, die sicherstellen, dass die Rechnungen des Bezirksamts auch bezahlt werden.

5. Familien, Senioren, Frauen und Jugend

5.1. Das haben wir erreicht

Die SPD Marzahn-Hellersdorf setzte sich gemeinsam mit der Landespartei für die Umsetzung des Rechtsanspruches aller Eltern auf einen Krippen-/ Kitaplatz und eine hochwertige individuelle Betreuung aller Kinder in Krippen und Kindertagesstätten ein.

Die SPD hat die Erarbeitung eines Kita-Entwicklungsplanes gefordert, welcher inzwischen von der Bezirksverordnetenversammlung verabschiedet wurde und der die Schaffung von ca. 400 neuen Kita-Plätzen im Bezirk ausweist.

Die SPD hat sich für den Erhalt von Jugendclubs, Jugendfreizeitstätten, für Streetwork- sowie berufsorientierte Arbeitswelt bezogene Projekte eingesetzt.

In unserem Bezirk gibt es 33 Jugendfreizeiteinrichtungen, davon 11 kommunale Einrichtungen und ein Jugendberatungshaus. Die SPD hat sich darüber hinaus dafür eingesetzt, dass ein neuer Jugendclub am Balzer Platz in Biesdorf Süd in die Investitionsplanung aufgenommen wurde.

Wir wollen Jugendliche an kommunalpolitischen Entscheidungen teilhaben lassen und haben deshalb die Durchführung von Jugendkongressen gefordert.

5.2. Dafür stehen wir

Kinder und Jugendliche, aber auch Seniorinnen und Senioren sind die Bevölkerungsgruppen mit der geringsten Lobby. Gerade Kinder und Jugendliche haben außer den Schulen nur wenige eigene Orte. In der Konsequenz wird oft öffentlicher Raum – „die Straße“ – für eigene Aktivitäten genutzt. Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen können Abhilfe schaffen und Rückzugsmöglichkeiten gewährleisten. Deshalb wollen wir die vielfältigen Angebote der Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten. Da der Bezirk nur begrenzte finanzielle Mittel hat, ist es umso wichtiger, diese konzentriert und sachbezogen einzusetzen.

Marzahn-Hellersdorf ist im Berliner Vergleich der Bezirk mit den meisten Schwangerschaften von Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig ist der ehemals jüngste Bezirk von Berlin auf dem Weg ein Bezirk mit hohem Anteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu werden. In dieser Situation ist es notwendig, Angebote für alle Bevölkerungsgruppen vorzuhalten.

Nicht immer gelingt es, den jungen, meist schulpflichtigen Eltern oder Alleinerziehenden ihr Leben ohne Betreuung durch das Jugendamt, das Sozialamt, oder freie Betreuungsdienste neu zu ordnen, Schule oder Ausbildung und die neuen Erziehungsaufgaben zu vereinbaren.

Die Schaffung von Mehrgenerationshäusern als Ort und Wirkungsstätte der Begegnung von Menschen aller Generationen für gemeinsame Aktivitäten, wie Kinderbetreuung und Betreuung älterer Menschen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Entwicklung haushaltsnaher Dienstleistungen ist ein Ziel für das wir uns verstärkt einsetzen werden.

Vereinbarung von Beruf und Familie ist für Eltern ein zentrales Thema. Voraussetzung für eine gelingende Vereinbarung ist dabei ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung für die verschiedenen Altersstufen.

Wir wollen Familien unterstützen. Der Rechtsanspruch auf Kita- und Krippenplätze muss umgesetzt werden, damit gleiche Entwicklungschancen für alle Kinder erreicht werden.

Marzahn-Hellersdorf hat Probleme im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Insbesondere die Großsiedlung ist betroffen. In den letzten Jahren wurde bei wenig Effizienz zu viel Geld ausgegeben. Das hat die Schuldenlast des Bezirkes stark beeinflusst. Deshalb werden wir die Hilfen zur Erziehung neu gestalten, um Kinder, Jugendliche und Familien besser zu unterstützen und um die Hilfen zur Erziehung, beispielsweise Erziehungsberatung, Heimerziehung oder sozialpädagogische Familienhilfe finanzierbar zu halten.

Kernziel sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik besteht darin, die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen sicherzustellen. Wir wollen, dass mehr Mädchen und junge Frauen bei der Berufswahl Laufbahnen in noch männlich dominierten Berufsfeldern und Branchen einschlagen und Zugang zu gut bezahlter Arbeit erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, überall dort, wo es möglich ist, Einfluss zu nehmen, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben. Dazu gehört die Verwaltung, welche an das Landesgleichstellungsgesetz gebunden ist.

Armut stellt die weitest reichende Form von Benachteiligung dar. Sie schränkt die Handlungsspielräume des Menschen gravierend ein und schließt eine gleichberechtigte Teilhabe an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft aus. Armut hat immer Unterversorgung in wesentlichen Lebensbereichen zur Folge. Wir werden deshalb alles tun, um Alters-, Frauen – und Kinderarmut zu verhindern.

Dazu gehören ein betreutes Wohnen im Alter, die Öffnung der Rentenkasse auch nach Rentenanstritt zum Erwerb weiterer Rentenpunkte bei Geringverdienenden, die schnellstmögliche Angleichung von Ost- und Westrenten und die Angleichung der Ansprüche der nach DDR-Recht geschiedenen Frauen.

5.3. Das werden wir tun

Informationen über Kitas für Eltern besser zugänglich machen

Wir fordern einen KITA-Entwicklungsplan, der inhaltliche Aussagen über die Ausgestaltung und das Bildungsprofil der Kitas trifft. Wir fordern eine KITA-Broschüre, mittels der sich die Eltern über die Betreuungsprofile aller Kitas informieren können, so dass sie die beste Kita für ihre Kinder aussuchen können. Dabei zu berücksichtigen sind auch die Tagespflegestellen, die ein wichtiges ergänzendes Angebot der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Neue Standorte für Kitas

Das Bezirksparlament soll als demokratisches Gremium dabei mitwirken, neue Standorte für Kitas mit den freien Trägern zu finden.

Ausbau von Angeboten für Familien

Das wichtigste im Leben eines Kindes ist die Beziehung zur Familie. Können Eltern für das Wohl des Kindes aus eigener Kraft nicht mehr ausreichend sorgen, stehen Fragen nach Fremdunterbringung in Heimen oder Pflegefamilien im Raum. Doch keine noch so gute Einrichtung kann das Leben in einer eigenen funktionierenden Familie ersetzen. Deshalb fordern wir insbesondere das Ausbauen und Fördern von Präventionsangeboten, wie zum Beispiel Familienberatung.

Prävention früher ansetzen

Prävention muss früher ansetzen. Wenn Problemindikatoren wie Drogen, besonders junges Alter der Eltern oder Kriminalität bekannt sind, muss die Jugendhilfe sofort nach der Geburt auf die Familien zugehen und helfen. Dieser Bereich soll gefördert werden.

Erziehungsberatungsstellen fördern

Wir setzen uns dafür ein, bestehende Erziehungsberatungsstellen zu erhalten und auszuweiten.

Pflegefamilien anwerben

Anstatt Kinder in Heimen unterzubringen, wollen wir mehr Pflegefamilien für die Betreuung von Kindern gewinnen. Dazu soll das Bezirksamt eine sensible aber effektive Kampagne zur Gewinnung von mehr Pflegefamilien starten und vorhandene Plätze besetzen.

Bessere Kontrollen von Erziehungshilfen

Im letzten Jahr sind die Träger der Hilfen zur Erziehung in Verruf gekommen. Wir fordern die Gewährleistung einer verbesserten Kontrolle von Hilfen zur Erziehung. Nur so können Hilfsangebote die Zielgruppen auch erreichen.

Verbesserungen in der Jugendhilfe

Wir stehen für qualifiziertes Personal im Jugendbereich. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Jugendamt sehen sich tagtäglich mit neuen Kindeswohlgefährdungen konfrontiert. Sie sollen Hilfepläne entwickeln, dem administrativen Verwaltungsakt nachkommen und gleichzeitig aufsuchende Hilfe in Familien abdecken. Eine Stelle im Jugendamt hat nicht selten mehr als 100 Fälle zu bearbeiten. Wir fordern das Land Berlin auf, sich für eine quantitative und qualitative Aufstockung in der Jugendhilfe einzusetzen.

Bessere Kooperation für Kinderschutz

Wichtig für den Kinderschutz ist eine sehr gut vernetzte Zusammenarbeit zwischen Eltern, Jugendamt, Schule, offener Kinder- und Jugendarbeit und KiTa. Zum Schutz unserer Kinder wollen wir uns für eine verbesserte Kooperation stark machen.

Sexuelle Aufklärung verbessern

Wir setzen uns für verbesserte Aufklärungsmöglichkeiten zur Schwangerschaft durch das Jugendamt und Schule ein. Nur so können Jugendliche im Bereich der Schwangerschaftsverhütung und gewollten/ungewollten Schwangerschaften optimal beraten werden.

Alleinerziehende ohne Berufsabschluss besser stellen

Der Anteil von Alleinerziehenden ohne Berufsabschluss in Marzahn-Hellersdorf muss gesenkt werden. Marzahn-Hellersdorf, als der Bezirk Berlins mit den größten Anteil Teenager-Eltern, soll das bereits bestehende Netzwerk an Betreuungseinrichtungen verbessern und ausbauen. Wir wollen eine bezirksweite Kampagne für mehr Aufklärung, Prävention, Hilfe und Unterstützung initiieren.

Jugendprojekten auf den Prüfstand

Jugendliche brauchen ihren eigenen Raum. Wir wollen deshalb Qualität und Bekanntheit der Jugendeinrichtungen verbessern. Wir fordern die Erarbeitung eines Konzepts zur Bewertung von Jugendprojekten in öffentlicher und freier Trägerschaft. Kinder und Jugendliche sollen ihre Bedürfnisse konkret äußern können, um zielgruppenorientierte Angebote zu erarbeiten. Sie sollen selbst bewerten, welche Einrichtungen ihnen am besten gefallen, so dass der Bezirk seine Angebote in diese Richtung steuern kann.

Mehr personelle Vielfalt

Wir fordern eine gute personelle Durchmischung in den öffentlichen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Die Arbeit sowohl jüngerer als auch älterer Pädagoginnen und Pädagogen ist dabei wichtig.

Gegen Jugendkriminalität vorgehen

Wir erkennen Jugendkriminalität als Problem an und setzen uns für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen offenen Jugendeinrichtungen und Jugendgerichtshilfe ein.

Jugendliches Interesse an ehrenamtlichen Projekten fördern

Die SPD will Jugendliche vermehrt für ehrenamtliches Engagement, beispielsweise bei den Gewerkschaften, in sozialen Verbänden oder der freiwilligen Feuerwehr, gewinnen.

Projekte für Ältere entwickeln

Wir werden mit sozialen Verbänden und Vereinen Projekte initiieren, die sich konkret um ältere Mitmenschen kümmern. Wir bemühen uns stets, im gesamten Bezirk die ärztliche Versorgung sicher zustellen. Zur Ansiedlung neuer Ärztinnen und Ärzte bedarf es finanzieller sowie infrastruktureller Unterstützung. Diese wollen wir bereitstellen.

6. Integration und Migration

Das haben wir erreicht

Im September 2010 hat die BVV Marzahn/ Hellersdorf den Entwurf eines bezirklichen Integrationsprogramms verabschiedet.

An der Erarbeitung dieses berlinweit ersten bezirklichen Konzeptes zur Integration und sozialer Teilhabe von Migrantinnen und Migranten, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern war die SPD mit Bezirksverordneten, ihren Bezirksstadträten und der Arbeitsgemeinschaft Migration aktiv beteiligt.

Die SPD setzt sich in der Bezirksverordnetenversammlung für eine verbesserte Anerkennung von nichtdeutschen Berufs- und Universitätsabschlüssen ein.

Mit derselben Forderung wandte sich die Partei auch an den Senat.

Dank der Initiative der SPD wurde der Bezirk Marzahn/ Hellersdorf als „Ort der Vielfalt“ geehrt. Damit fanden die zahlreichen Initiativen in unserem Bezirk für Toleranz, Vielfalt, sowie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine entsprechende Würdigung.

Weiterhin thematisierte die SPD regelmäßig das Problem der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten sowie deren drohende Altersarmut.

Eine große Rolle in den politischen Beteiligungsgremien spielte die soziale und wirtschaftliche Situation vietnamesischer Familien und speziell die Sicherung der Kita-Betreuung der Kinder von arbeitslosen vietnamesischen Alleinerziehenden.

Die SPD engagierte sich maßgeblich dafür, dass der „Zug der Erinnerung“ an die im faschistischen Deutschland deportierten und ermordeten Kinder auf dem S-Bahnhof Friedrichstraße hielt und dort eine ergreifende Gedenkveranstaltung stattfand.

6.1. Dafür stehen wir

„Herkunft darf kein Schicksal sein“. Das ist Anspruch der SPD seit ihrer Gründung 1863. Integration ist ein Kernanliegen der SPD.

Seit ihrer Gründung leitet die SPD aus ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Anspruch ab, Bürgerinnen und Bürger vor sozialer, kultureller und ethnischer Benachteiligung oder Ausgrenzung zu schützen. Das ist unser Maßstab für sozialdemokratische Integrationspolitik.

Erfolgreiche Integration setzt Teilhabe und Zugang auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, wie z.B. in der Politik, im Arbeitsleben oder in der Bildung voraus. Für engagierte Beteiligung von Migrantinnen und Migranten müssen Zugangsmöglichkeiten eröffnet und Zugangsbarrieren abgebaut werden. Wir wollen und können auf die Fähigkeiten dieser Bürgerinnen und Bürger nicht verzichten.

Wer glaubt, Integrationspolitik bezieht sich lediglich auf die „Ausländerthematik“, der irrt. Integrationspolitik ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer eine Frage von Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen. Für alle muss es Möglichkeiten zur Teilhabe geben, nur so wird Vielfalt als Chance für mehr

Gerechtigkeit gesehen. Dafür ist es jedoch auch erforderlich, dass Förderung angenommen wird.

Die SPD versteht Integration als umfassende soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe. Sie gilt für alle Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Das setzt die Anerkennung von allen Menschen und ihren Fähigkeiten voraus.

Wir wollen und müssen die Menschen mit geringem Einkommen, die aufgrund ihrer Benachteiligung und damit am Rande unserer Gesellschaft stehen, einbeziehen.

Nach den Integrationskonzepten, 2005 und 2007 als Folgekonzept, hat die SPD in der Koalition an einem "Partizipationsgesetz" gearbeitet. Das wird das erste Gesetz seiner Art in der Bundesrepublik sein. Gleichzeitig wurde auch in Marzahn-Hellersdorf ein bezirkliches Integrationskonzept entwickelt. Wir begrüßen diese richtigen politischen Entscheidungen. Die SPD Marzahn-Hellersdorf, verfolgt und begleitet diesen Prozess intensiv.

Für die SPD Marzahn-Hellersdorf ist es wichtig, dass die Migranten und Migrantinnen sich im Bezirk wohlfühlen, sich selbstbewusster und aktiver in ihrem Bezirk einbringen und Verantwortung im öffentlichen Leben übernehmen.

6.3 Das werden wir tun

Integration und kulturelle Vielfalt

Wir sehen Vielfältigkeit im Bezirk als Chance und werden interkulturelle Potenziale erkennen und fördern.

Wir werden daran arbeiten Integration als Querschnittsaufgabe im gesellschaftlichen Leben in Marzahn-Hellersdorf zu verankern.

Friedliches Zusammenleben sichern

Wir werden mit Projekten und Themensetzungen dazu beitragen, dass alle Mitbürgerinnen und Mitbürger mit unterschiedlicher kultureller Herkunft in Marzahn-Hellersdorf friedlich zusammenleben können.

Sprachkenntnisse als Voraussetzung für Integration

Die Kernkompetenz der Integration ist die deutsche Sprache. Wir werden entsprechende Bildungsangebote verstärken.

Bessere sprachliche Förderung in Kitas

Wir werden uns in den kommunalen und privaten Kitas für mehr Förderung der deutschen Sprache im Kindergarten einsetzen, um den Übergang in die Schule leichter zu gestalten.

Bildungsangebote in Schulen erweitern

Die SPD unterstützt die Schulen dabei, interkulturelle Bildungsangebote, wie zum Beispiel Kulturdolmetscherinnen und Kulturdolmetscher, zu entwickeln und umzusetzen.

Unterstützung von Migrantinnen und Migranten

Migranten und Migrantinnen in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt und als Unternehmerinnen und Unternehmer werden wir gezielt fördern und unterstützen.

Bezirkliches Integrationsprogramm umsetzen

Wir werden die Umsetzung des Bezirklichen Integrationsprogrammes begleiten und unterstützen.

Projekte für mehr Toleranz

Wir werden uns weiterhin in Projekten und Aktionen gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus im Bezirk engagieren.

Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen

Die SPD Marzahn-Hellersdorf setzt sich beim Land Berlin für eine bessere Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse ein.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber integrieren

Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in Marzahn-Hellersdorf untergebracht werden, sollen auch weiterhin in Wohnungen leben dürfen. Gemeinschaftsunterkünfte lehnen wir ab. Wir streben eine zügige Bearbeitung der Verfahren von Bewerberinnen und Bewerbern an.

7. Kultur

7.1. Das haben wir erreicht

Die SPD hat maßgeblich die denkmalgerechte Restaurierung und Sanierung des Schlosses Biesdorf und seine Etablierung als überregionales Kulturzentrum (Galerie Bilderstreit) auf den Weg gebracht.

Unter Verantwortung der SPD wurde erfolgreich ein neues Konzept für die Musikschule zur Erhöhung der Schülerzahlen erarbeitet, u.a. durch vermehrte Kooperationen mit KiTas und Schulen sowie einen Fokus auf die Großsiedlungen.

Die Förderung der bezirklichen kulturellen Vielfalt durch gezielte Unterstützung von Projekten im Bezirkskulturfonds (Gutshaus Mahlsdorf, Galerie M, Kulturgut, Bezirksmuseum, Kino Kiste) wurde verstetigt.

Der Erhalt von wichtigen Kulturstandorten wie der Freilichtbühne Biesdorf und der Galerie M wurden gesichert. Das Theater am Park (TaP) hat weitere 5 Jahre Bestandssicherung erhalten.

Durch die SPD wurden zahlreiche kultureller Ausstellungen im Bezirk, z.B. die Wanderausstellung Anne Frank und die Fotoausstellung zu 20 Jahren Mauerfall, initiiert.

Das jährliche Kulturevent „Kultour a la Carte“ wurde zu einem überregional bedeutsamen Festival ausgebaut.

Unter der Verantwortung der SPD wurde die Bereitstellung von Räumlichkeiten und die inhaltliche Ausgestaltung der Dauerausstellung zur Geschichte unseres Bezirks vorgenommen.

Durch die SPD wurde die freie Kultur- und Musikarbeit des Orwo-Hauses unterstützt. Die SPD hat einen eigenen Kulturentwicklungsplan als Grundlage der Förderung des gesamten bezirklichen Kulturangebots erarbeitet.

7.2. Dafür stehen wir

Die SPD versteht Kultur als wichtigen Bestandteil für die Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen und als bedeutenden Faktor für die positive Wahrnehmung des Bezirks Marzahn-Hellersdorf. Sie kann zudem mit ihren Leuchtturmprojekten die touristische Entwicklung des Bezirks mittragen.

Die SPD steht für den Wiederaufbau des Schloss Biesdorf mit einer überregional attraktiven Galerie, die sich mit Kunst aus der DDR befasst. Obwohl nur noch wenige neben der SPD daran geglaubt haben, konnten die notwendigen Baukosten von 7,5 Mio. Euro aus Lotto- und Europamitteln erfolgreich beantragt werden. Durch Initiativen der SPD Marzahn-Hellersdorf konnte ein Kompromiss zwischen der kostenlosen Nutzung des Schlosses durch alle Bürgerinnen und Bürger mit dem gewohnten lokalen Kulturangebot im Rahmen der bisherigen Stadtteilarbeit und der neu zu errichtenden Galerie „Bilderstreit“ als überregionaler Kultureinrichtung gefunden werden. Dies wurde in einem Konzept vom Bezirksamt beschlossen und von der Senatskulturverwaltung für förderwürdig erachtet.

Bibliotheken sind niedrigschwellige Bildungseinrichtungen. Deren Bildungsauftrag beinhaltet die Information, Beratung und Bereithaltung von Büchern, CDs und DVD gerade für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit geringem Einkommen. Nur so kann jedem der ungehinderte Zugang zu Medien und Bildung gesichert werden. Daneben bietet die Bibliothek auch Leseförderung und Kulturveranstaltungen.

Das Gutshaus Mahlsdorf gehört zu den wichtigsten Kultureinrichtungen im Bezirk. Dabei ist es gar keine bezirkliche, sondern eine private Kultureinrichtung. Getragen und mit viel Liebe und Engagement wird dies vom Förderverein des Gutshaus Mahlsdorf e.V. unterhalten. Nur ein Teil der Sammlung gehört dem Bezirk. Nach der aufwendigen Sanierung erstrahlt das Gutshaus im neuen Glanz. Mit Hilfe vom Mitteln der deutschen Klassenlotterie konnte der Verein nicht nur das Haus sanieren. Auch der zweite Teil der wertvollen Sammlung von Charlotte von Mahlsdorf konnte der Verein mit Lottomitteln erwerben.

7.3. Das werden wir tun:

Schloss Biesdorf und die Galerie Bilderstreit

Mit der Galerie „Bilderstreit“ werden wir eine Kultureinrichtung im Bezirk haben, die nicht nur in Berlin einzigartig ist, sondern in ganz Deutschland kein Ebenbild hat. Der Schwerpunkt der Galerie liegt in der „ewigen“ Auseinandersetzung mit der gegenständlichen Kunst und Malerei. Diese Auseinandersetzung findet dabei vorzugsweise mit Kunstwerken aus dem Kunstdepot in Beeskow statt. Die Anspielung an den Byzantinischen Bilderstreit ist dabei gewollt, nicht ohne Seitenblick auf die jüngste deutsch-deutsche Vergangenheit. Sobald diese Galerie ihren Betrieb aufnimmt, haben wir ein weiteres Juwel im Kulturbereich, mit dem der Bezirk überregional bekannt wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die notwendigen Schritte unternommen werden, um diesen Leuchtturm neben dem Gutshaus Mahlsdorf und den Gärten der Welt entsprechend touristisch und wirtschaftlich zu unterstützen.

Bibliotheken sichern

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Öffnungszeiten der Bibliotheken kontinuierlich erweitert werden.

Bibliothek Heinrich von Kleist

Seit der Wiedereröffnung im Februar 2010 verzeichnet die Heinrich von Kleist Bibliothek einen fortwährenden Besucheranstieg. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn-Nord kommen zunehmend gern in ihre Bibliothek zurück. Doch noch muss viel getan werden, um die Bibliothek wieder in das Bewusstsein aller Kiezbewohner zurückzubringen. Hierbei werden wir zusammen mit dem Quartiersmanagement kämpfen.

Theater am Park(TaP)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Verein Theater am Park e.V. eine langfristige Nutzungsmöglichkeit mit dem Bezirksamt vereinbaren kann. Das Theater am Park muss die notwendige und verdiente Anerkennung als Kultureinrichtung des Bezirkes auch finanziell spüren. Hier müssen die notwendigen politischen Voraussetzungen geschaffen werden, um eine Förderung des TaP aus den bezirklichen Kulturmitteln und anderer Fördermöglichkeiten zu gewährleisten. Die SPD möchte den Verein in seiner Arbeit unterstützen und den dringend benötigten Konzertsaal für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes nutzbar machen.

Galerie M

Die Absicherung der Finanzierung der Miete der Galerie M muss auch über 2011 hinaus gesichert werden. Dafür hat sich die SPD in der BVV eingesetzt. Die Einhaltung dieses politischen Willens werden wir überprüfen.

8. .Wohnen und Bauen

8.1. Das haben wir erreicht

Mit der Arbeit auf dem Gebiet der Ökologischen Stadtentwicklung und sozialen Stadt war es das Ziel der SPD, neben Prozessbegleitung bei Baumaßnahmen auch den Schutz von Natur und Umwelt zu erhalten und zu intensivieren.

Zu Beginn der Wahlperiode erreichten wir die Wiedereinführung von Versammlungen der Einwohnerinnen und Einwohner in den einzelnen Stadtteilen. Damit war die Möglichkeit gegeben, unsere Arbeit bürgernah zu gestalten und die Probleme der Bürgerinnen und Bürger besser aufzunehmen.

Besonders aktiv wurde die Rekonstruktion der Kaulsdorfer Brücke (Galgen) begleitet, u.a. durch intensive Kontrolle von erneuter Begrünung um das gesamte Areal.

Bei der Entwicklung von einzelnen Wohn- und Sanierungsgebieten und der Umsetzung der Städteförderprogramme „Soziale Stadt“ haben wir Einfluss genommen. Besondere Erfolge waren der Antrag zur Erstellung eines Zentrenkonzeptes und die Entwicklung einzelner Ortsteile, z. B. Mahlsdorf.

8.2. Dafür stehen wir

Die Wohnungs- und Mietenpolitik im Bezirk muss sich vom Gedanken der „Sozialen Gerechtigkeit“ leiten lassen. Hierzu zählt, dass Mietsteigerungen nur bei allgemeiner Einkommensentwicklung vorgenommen werden dürfen. Dies gilt auch bei der Durchführung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Wohnraum muss bezahlbar bleiben.

Wir wollen durch eine sensible Vermietungspolitik der Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften Nachbarschaften stabilisieren und fördern. Einseitige Sozialstrukturen, die den Verlust einer ausgewogenen sozialen Mischung mit sich bringen, wollen wir vermeiden.

Besondere Bedeutung für die soziale Stabilität in der Großsiedlung hat unsere Forderung, verkaufte, ehemals kommunale Quartiere zurück zu erwerben. Viel zu oft hat die Privatisierung von Wohnungen dazu geführt, dass Instandhaltungen und die Notwendigkeit guter Nachbarschaften bei der Vermietung vernachlässigt wurden.

Marzahn-Hellersdorf zeichnet sich durch eine hohe Qualität des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes – besonders in der Großsiedlung – aus. Dieses hohe Niveau gilt es beizubehalten. Hierzu ist es auch erforderlich, konsequent gegen Vandalismus vorzugehen. Das vorbildliche Wohnumfeld muss für Jung und Alt gleichermaßen erlebbar sein – frei von der Angst vor Kriminalität. Es ist auch künftig wichtig, dass Wohnungsbaugesellschaften dies insbesondere Nachts durch Kontrollgänge sicherstellen.

Die SPD sieht die Probleme, die durch steigende Betriebskosten als „Zweite Miete“ entstehen und in erster Linie von den Mieterinnen und Mietern und selbst nutzenden Eigentümerinnen und Eigentümern zu tragen sind. Sie will auch deshalb das ökologische Bauen besonders fördern. Kosteneinsparungen sehen wir beim

Verbrauch von Energie und Wasser. Die öffentliche Hand hat bei der Einhaltung von Energiestandards eine Vorbildfunktion.

Unser Bezirk, einst der jüngste, altert schneller als andere Stadtteile in Berlin. Es sind deshalb besondere Anstrengungen notwendig, das Wohnen und das Wohnumfeld auch für Seniorinnen und Senioren attraktiv zu gestalten.

Der Bezirk ist einer der größten Immobilieneigentümer. Er hat eine besondere Verantwortung für seine Gebäude und Flächen. Er muss diese ökologisch und zukunftsfähig zu bewirtschaften. Schulen, Kitas und Bürodienstgebäude müssen Vorbildcharakter für nachhaltiges Wirtschaften haben.

8.3. Das werden wir tun:

Zurückkauf von privaten Wohnungsbeständen

Wir werden auf den Senat einwirken, dass die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften verkaufte Bestände von privaten Investoren zurück erwerben.

Mietenwicklung

Wir werden in Gesprächen auf die großen Vermieter im Bezirk einwirken, damit sich die Mietsteigerungen im Bezirk an der Einkommensentwicklung orientieren.

Gezielt Quartiere fördern

Die Stadtplanung und die Mittel des Bezirksamtes werden auf Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf konzentriert. Das Quartiersmanagement unter unmittelbarer Anleitung durch den Bezirk muss diese Aufgabe und die Vermietungspolitik der Wohnungsunternehmen offensiv unterstützen.

Gestaltung des Wohnumfeldes

Wir wollen vergleichbare Projekte der Gestaltung des Wohnumfeldes wie die der Wohnungsunternehmen auch im öffentlichen Raum, in Parks und an Haltestellen durchführen, um soziale Brennpunkte im Ansatz zu vermeiden.

Klimaschutz im Bezirk stärken

Das auf Landesebene vorgesehene Gesetz zum Klimaschutz wird abgelehnt. Wir unterstützen die Einführung eines realistischen Gesetzes zum Schutz der Umwelt. Bisher vorgelegte Entwürfe für ein Klimaschutzgesetz können nicht unterstützt werden.

Auch die Vorschläge der Bundesregierung werden von uns wegen ihrer sozialen Unverträglichkeit abgelehnt.

Wir werden ein Energie- und Bewirtschaftungskonzept für die bezirklichen Immobilien erstellen und eine eigene Stelle für einen Energiebeauftragten dauerhaft einrichten.

Projekte für Seniorinnen und Senioren und Behinderte Menschen entwickeln

Wir unterstützen die bisherigen Initiativen, Projekte und Anlaufstellen für Seniorinnen und Senioren und wollen dazu beitragen, diese weiterzuentwickeln und zu einem festen Bestandteil unseres Bezirks werden zu lassen. Hierzu zählen zum Beispiel Projekte die älteren Mitmenschen und Menschen mit Einschränkungen helfen, länger

in der eigenen Wohnung zu verbleiben. Dazu gehört zum Beispiel auch das Projekt Soziale Personenbetreuung-Hilfe im Alltag der städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Generationsübergreifendes Wohnen fördern

Wir wollen das generationenübergreifende Wohnen fördern. Besonders geeignet ist die Unterstützung von Baugruppen, in denen sich sowohl ältere Menschen als auch Familien mit Kindern um ein gemeinsames Wohnen bemühen. Wir wollen prüfen, inwieweit landeseigene Grundstücke hierfür vergünstigt zur Verfügung gestellt werden.

Datenschutz beachten

Wir unterstützen sowohl Eigentümerinnen und Eigentümer als auch Mieterinnen und Mieter, die ihre Privatsphäre schützen wollen, indem sie Geodaten-Dienste wie zum Beispiel Google Street View ablehnen.

Wohnen für junge Menschen möglich machen

Wir wollen jungen Menschen – insbesondere Auszubildende und Studierende – unseren Bezirk als günstigen und attraktiven Wohnstandort präsentieren. Initiativen zur Ansiedlung junger Menschen und Aktivitäten junger Menschen zur Steigerung der Attraktivität, werden im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützt

9. Verkehr

9.1. Das haben wir erreicht

Der Schwerpunkt unserer Arbeit bestand in der Weiterführung der Lösungen von Verkehrsproblemen und die Erhaltung des Charakters des Siedlungsgebietes.

Dabei war uns die Schulwegsicherung ein besonderes Anliegen (Einrichten von „Tempo 30 -Zonen“, erhöhte Kontrollen vor Schulen, Kitas und sozialen Einrichtungen).

Die Verkehrsführung im Bereich der Kaulsdorfer Brücke (Galgen) und umliegendem Bereich wurde von uns unterstützt und optimale Bedingungen wie Fußgängerüberwege eingefordert.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit waren die Verkehrsprobleme im Biesdorfer Siedlungsgebiet. Dabei konnten wir nach langem Ringen mit der Verkehrslenkung vorerst die nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Bereich der Köpenicker Straße durchsetzen. Um die ständige Entlastung der Köpenicker Straße zu erreichen, werden wir uns auch weiterhin für den Bau der Tangentialverbindung Ost einsetzen.

9.2. Dafür stehen wir

Eine konstruktive Verkehrspolitik muss in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern größtmögliche Mobilität gewährleisten, sowie alle Verkehrsträger einbeziehen und einen attraktiven Nahverkehr bereitstellen.

Eine moderne Verkehrspolitik muss die Bürgerinnen und Bürger weitgehend von den negativen Einflüssen des täglichen Verkehrs entlasten.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirks ist stark von einer auf die Zukunft ausgerichteten Verkehrspolitik abhängig. Unsere Gewerbegebiete müssen mit einer modernen Infrastruktur zukunftsfähig gemacht werden.

9.3. Das werden wir tun

Schlüssiges Verkehrskonzept erarbeiten

Wir setzen uns für die Gleichwertigkeit aller Verkehrsmittel und Teilnehmenden ein. Dazu ist die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes zwingend notwendig.

Da die Verkehrsprognose 2025 gerade in den Siedlungsgebieten einen zunehmenden Straßenverkehr prognostiziert, ist es wichtig, im Rahmen des Verkehrskonzeptes die individuellen Gegebenheiten der einzelnen Stadtteile zu beachten.

Tangentiale Verbindung Ost (TVO) muss kommen

Der Weiterbau der Tangentialen Verbindung Ost (TVO) ist für die Anbindung der Gewerbegebiete, besonders an den internationalen Flughafen BBI und an Adlershof, aber auch zur Entlastung der Wohngebiete vom täglichen Durchfahrtsverkehr ein vorrangiges Projekt. Wir setzen uns für den Weiterbau, besonders für die bürgerfreundliche Westvariante, ein. Parallel zur Straßenplanung der TVO setzen wir uns für den Bau der S-Bahnlinie, zur besseren regionalen Anbindung in Nord-Süd-Richtung, ein.

Nachtnahverkehr im Siedlungsgebiet

Die Nachfrage und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs im Siedlungsgebiet in der Nacht muss überprüft werden. Das Angebot hat sich der Nachfrage anzupassen, um eine zuverlässige Versorgung ohne größere Wartezeiten zu gewährleisten.

Radwegeverkehrsplan

Für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, besonders unserer Kinder, brauchen wir dringend eine Weiterentwicklung des Radwegeverkehrsplans. Für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, besonders unserer Kinder werden wir uns dafür stark machen, einen großen Teil der Hauptstraßen mit Radwegen auszustatten.

Tempo-30

Wir wollen „Tempo 30“ vor allen Schulen, Kitas, Seniorenheimen und Krankenhäuser einrichten

Straßenbahn von S-Bahnhof Mahlsdorf nach Helle Mitte

Für eine bessere Verbindung der beiden Stadtteile Mahlsdorf und Helle Mitte wollen wir uns für die Verlängerung der Straßenbahnlinie vom Bahnhof Mahlsdorf nach Helle Mitte einsetzen.

Straßen verbessern

Wir setzen uns für eine Aufstockung der Mittel zur Sanierung und Instandhaltung der Straßen ein.

Ausbau von Park-und Ride-Plätzen

Wir wollen den Ausbau von kostenlosen Auto- und Radstellplätzen an U-Bahn- und S-Bahnhöfen.

10. Bürgernahe Verwaltung

10.1. Das haben wir erreicht

Städtische Dienstleistungen unter einem Dach, das ist ein sozialdemokratisches Projekt, auf das wir stolz sind. Wohnortnah, kurze Warte- und lange Öffnungszeiten, dafür stehen unsere Bürgerämter. Kundenorientierter und effizienter ist die Verwaltung auch durch die Arbeit der Bürgerämter geworden. Dank der sozialdemokratischen BVV-Fraktion haben die Bürgerämter die Kürzungen in unserem Bezirkshaushalt überstanden, nachdem es schon Pläne für die Reduzierung auf ein Zentralamt gab.

Die SPD konnte sich für die Wiedereinführung von Versammlungen für die Einwohnerinnen und Einwohner durch Antragstellung erfolgreich durchsetzen.

Mängel bei der Publizierung des Berlin-Passes in den Bürgerämtern des Bezirkes, konnten durch Anträge der SPD-Fraktion beseitigt werden.

Wir setzten uns für notwendige fachliche Qualifizierungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes erfolgreich ein.

Die SPD hat sich erfolgreich für die Live-Übertragung der Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung zur Schaffung einer größtmöglichen Transparenz zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.

Durch Antrag der SPD werden nun Informationen für die Bürgerinnen und Bürger (z.B. Bausituationen) auf der Homepage des Bezirksamtes dargestellt.

Die Fraktion der SPD trat erfolgreich für die Reaktivierung der Arbeitsgruppe „Öffentlicher Personennahverkehr“ ein.

10.2. Dafür stehen wir

Bürgerämter waren ein wichtiger Schritt zu einer kundenorientierten Verwaltung und die technische Entwicklung bietet uns die Möglichkeit weiterzugehen.

Der sozialdemokratische Senator für Inneres trieb maßgeblich die einheitliche Behördennummer voran. Das Berliner Pilotprojekt 900 kann nun durch die bundeseinheitliche Telefonnummer 115 abgelöst werden. Umfangreiche Computerdatenbanken und die umfassende Vernetzung mit weiteren Behörden ermöglichen eine schnelle und kompetente Hilfe.

Datenbanken sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der elektronischen Kommunikation. Das bekannteste Onlinebehördenportal ist sicherlich die Elektronische Steuererklärung, aber auch die Angebote von Berlin und Marzahn-Hellersdorf brauchen sich nicht zu verstecken. Hier werden sowohl Informationen angeboten, aber es können auch Anträge gestellt werden.

Computer werden aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgeramt nie ersetzen können. Die Sozialdemokratie setzt sich für den Erhalt der persönlichen Kontaktaufnahme ein. Nicht nur ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wahren Distanz zur Onlineverwaltung, für sie sind die Bürgerämter weiter notwendig.

Transparenz ist uns wichtig. Wir sind davon überzeugt, dass Bürgerinnen und Bürger erfahren sollen, was in der Verwaltung passiert. Deshalb haben wir das Informationsfreiheitsgesetz in Berlin weiter verbessert. Jeder hat nicht nur ein Einsichtsrecht in Verwaltungsvorgänge, sondern auch in Verträge, die zwischen Privaten und dem Land Berlin abgeschlossen wurden und die bisher nicht offengelegt wurden.

Im Zeitalter des Internets und neuer Kommunikationswege werden immer mehr persönliche Daten erhoben, gespeichert und verwendet. Wir setzen uns für Datensparsamkeit ein. Personenbezogene Daten sollen nur in dem Maße erhoben werden, wie es für die konkrete Aufgabendurchführung notwendig ist. Die Verwaltung darf nicht zum ausufernden Datensammler werden. Mit Unternehmen in unserem Bezirk werden wir in den Dialog treten, um diese ebenfalls für Datensparsamkeit zu motivieren.

10.3. Das werden wir tun

Leistungsstarke Verwaltung erhalten

Die SPD wird sich dafür einsetzen, den Personalabbau in den bürgernahen Ämtern zu beenden, sowie die Öffnungszeiten erweitern.

Wir werden uns für einen serviceorientierten Umbau der Verwaltung einsetzen.

Mobile Antragsstellung einführen

Für behinderte Bürgerinnen und Bürger wollen wir eine mobile Antragstellung mit Helferinnen und Helfern als Pilotprojekt in Berlin einführen.

Mehr Transparenz - Ombudsstelle gegen Korruption

Transparenz in der Verwaltung verhindert Korruption am wirksamsten – wir werden jedem Bürger unkompliziert Akteneinsicht und Verwaltungsvorgänge gewähren.

Um Korruption und Vetternwirtschaft effektiv zu bekämpfen, setzten wir uns außerdem für eine externe Ombudsstelle ein, welche Verdachtsfälle nicht nur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch von Bürgerinnen und Bürger entgegen nimmt.

Einheitliche Behördennummer ausbauen

Für den Ausbau und die Anwendung der einheitlichen und kostenlosen Behördennummer wird sich die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren weiter einsetzen. Wir versprechen uns von einem weiteren Ausbau kürzere Wege für jeden Betroffenen und eine Leistungsstärkung für die Verwaltung.

Bürgerportal im Internet

Über ein neues Bürgerportal soll es zukünftig möglich sein, weitestgehend Leistungen des Bürgeramtes auch online zu erledigen. Das spart Wege und Zeit.

Datenschutz verbessern

Jedem Menschen werden wir auf Anforderung Auskunft über die von ihm gespeicherten Daten erteilen. Wir unterstützen die Bürgerinnen und Bürger auch dabei, Auskünfte über Daten von Unternehmen zu erhalten.

11. Lebenswerter Bezirk

11.1. Das haben wir erreicht

Der vorbeugende Gesundheitsschutz, die offensive Auseinandersetzung mit Suchtkrankheiten und ein fundierter Einsatz für sozial schwache und bedürftige Menschen standen für die Arbeit der SPD stets an vorderster Stelle.

Die Partei setzte sich für Gesundheitsprävention in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen ein, regte vorbeugende Maßnahmen gegen die Schweinegrippe an und setzte sich für einen breiten und vorbeugenden Impfschutz ein. Im Rahmen der Umsetzung des Verbraucherinformationsgesetzes erreichte die SPD die Einführung des Smiley-Systems bei der Bewertung von Gaststätten und andere gastronomische Einrichtungen im Bezirk. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt war die Anregung eines Katastrophenschutzplanes für den Bezirk.

Die SPD trat und tritt stets dafür ein, suchtgefährdete Menschen nicht zu stigmatisieren, sondern ihnen zu helfen. Sie unterstützte die Aufstellung von Spritzenautomaten im Bezirk, was auf positive Resonanz stieß und setzte sich für die konsequente Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes ein.

Außerdem regten wir die Aktion „Gesundes Frühstück“ für Kinder an.

Um ihr sozialpolitisches Engagement auf eine fachlich fundierte Grundlage zu stellen, verfolgten und erfragten die Sozialdemokrat/innen die einschlägigen fachlichen

Veröffentlichungen des Bezirksamtes und des Landes Berlin, wie beispielsweise das Sozialmonitoring, begleiteten kritisch, aber wohlwollend die Einrichtung der Pflegestützpunkte im Bezirk und hinterfragten in regelmäßigen Abständen die Sachkompetenz der einschlägigen Anbieter von Sozialarbeit im Bezirk.

Wir haben wir uns für die Öffnung der Schulsportplätze zur Nutzung der Bevölkerung eingesetzt.

Unter SPD Verantwortung wurde eine zentrale Anlaufstelle für Sportangelegenheiten im Bezirk geschaffen (Haus des Sports).

Nach vielen Jahren wurde erstmals wieder Sportfunktionsgebäude auf Sportanlagen finanziert und errichtet, so z.B. bei Stern Kaulsdorf.

Die SPD hat sich aktiv am Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ und hissen der Flagge „Terre-des-Femmes“ vor dem Rathaus beteiligt.

Die SPD hat an der Verteilung von Notfallkarten für Frauen mit Rufnummern in Punkto häusliche Gewalt (Notfallnummern), mitgewirkt.

Die SPD hat durch einen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung zur Einrichtung einer Kontaktstelle für homosexuelle Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Gleichstellungsbeauftragten einen Beitrag zur Berücksichtigung von den Belangen der Menschen unterschiedlicher geschlechtlicher Orientierung geleistet.

11.2. Dafür stehen wir

In unserem Bezirk Marzahn-Hellersdorf existieren zwei Regionen, die sich deutlich in ihren Ausgangssituationen und Problemlage unterscheiden.

Beide Regionen besitzen ihr Vorzüge und ihre Probleme. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Großsiedlung wie auch die des Siedlungsgebietes wohnen überwiegend gerne hier. Die SPD vertritt ausgewogen die Interessen der unterschiedlichen Teile unseres großen Bezirkes. Wir sind nicht nur die Partei des Siedlungsgebietes oder der Großsiedlung. Wir verstehen uns als die einzige Partei für den gesamten Bezirk und werden unsere Politik am Nutzen für die Bewohnerinnen und Bewohner in allen Regionen ausrichten.

Wir verstehen uns als die Partei der Einigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit.

Das Image des Bezirkes ist bei Auswärtigen von Vorurteilen geprägt. Diejenigen, die schon mal in unserem Bezirk zu Besuch waren, schildern ein ganz anderes Bild. Die Großsiedlung ist geprägt durch renovierte Gebäude und ganz viel Grün. Schmierereien sind die große Ausnahme. Die Einwohnerinnen und Einwohner wohnen gerne hier und stehen auch dazu. Nicht ohne Grund gibt es in den letzten

Jahren wieder einen Zuzug von Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Großsiedlung. Wohnungsleerstand ist die Ausnahme geworden.

Das Siedlungsgebiet wird als eine beeindruckende Siedlung mit viel Fläche und viel Ruhe beschrieben. Eine wohlhabende Gegend in der man wohnen will.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen also was für Schätze wir im Bezirk haben. Wir werden dieses in Zukunft viel mehr publik machen. Da ein Blick mehr als tausend Worte sagt, werden wird ein Besuchsprogramm ins Leben rufen, welches den Menschen von außerhalb die schönen Seiten von Marzahn-Hellersdorf zeigt. Auf diese Weise wollen wir das Image langfristig verbessern.

Ein immer bedeutender werdendes Standbein im Bezirk ist der überregionale Tourismus. Die vielen Museen, die Gärten der Welt, der Wuhletal-Park und die innerbezirklichen Erholungsflächen, wie das Kaulsdorfer-Seen Gebiet, ziehen immer mehr Besucherinnen und Besucher von außerhalb an.

Dennoch verschließen wir nicht die Augen vor den sozialen Problemen in Teilen der Großsiedlung. Diese müssen durch abgestimmte Programme gelöst werden. In diesem Zusammenhang wurde durch das Land Berlin das Förderungsprogramm „Aktionsräume Plus“ gestartet. Durch Quartiersmanagement profitieren unter anderem die Ahrensfelder Terrassen, die Ringkolonaden, die Kienbergstraße, Alt-Hellersdorf, die Magdeburger Alle sowie das Gelbe Viertel. Eine abgestimmte Programmumsetzung steht jedoch noch aus.

Voraussetzung einer jeden ausgeglichen Planung ist ein schlüssiges Konzept. Um die Entwicklung der Verkaufsflächen planbar zu machen hat der Bezirk vor Jahren ein Zentrenkonzept erarbeiten lassen. Das Konzept ist veraltet und geht an den sich schnell ändernden Realitäten im Bezirk vorbei. Deshalb muss das Zentrenkonzept des Bezirks dringend überarbeitet werden. Das vorliegende Konzept ermöglicht an wichtigen Standorten im Bezirk keine wünschenswerte Entwicklung. Die Ansiedlung wichtiger Investoren an der Märkischen Allee und der B 1 wurde in der Vergangenheit damit blockiert da sie als überregionaler Handelsstandort ausgewiesen ist.

11.3. Das werden wir tun

Neues Zentrenkonzept beauftragen

Die SPD wird ein neues Zentrenkonzept in Auftrag geben, das die ungewollte Ausbreitung von Discounter verhindert und dennoch hochwertige Ansiedlungsvorhaben ermöglicht.

Müllentsorgungsanlagen erhalten

Die SPD Marzahn-Hellersdorf setzt sich dafür ein, Sondergenehmigungen für den Weiterbetrieb von Müllentsorgungsanlagen über 2013 hinaus zu erteilen. Bei Einhalten einer mindestens dem Berlindurchschnitt entsprechenden Mülltrennungsquote sollen die Müllentsorgungsanlagen weiterbetrieben werden dürfen.

Die Umgebung um den S-Bahnhof Mahlsdorf

Der S-Bahnhof Mahlsdorf ist ein regionales Zentrum. Dieses gilt es zu sichern. Ein erster Erfolg ist die Aufnahme in das Zentrenkonzept des Bezirkes. Der Ausbau des

Verkehrsknotenpunktes (S-Bahn, Regionalbahn und Straßenbahn) wird die Voraussetzungen für den Ausbau des Geschäftsstandortes S-Bahnhof Mahlsdorf schaffen. Auf diese Weise werden eine für die Bevölkerung attraktive Einkaufsgegend schaffen ohne, dass das Siedlungsgebiet von zusätzlichem Verkehr erdrückt wird.

Handelsstandort an der B1 entwickeln

Der Handelsstandort an der B1 ist geprägt durch überregionale Einkaufsmöglichkeiten. Durch den Verkehr auf der B1 wird auf diese Weise zusätzlich Kaufkraft in den Bezirk verlagert. Dieses schafft bezirkliche Arbeitsplätze.

Andererseits werden wir darauf achten, dass diese Märkte nicht überhand nehmen. Dieses ist manchmal eine Gratwanderung zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner und der Investoren. Wir werden hier unter weitergehender Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner, diese Konflikte für alle Seiten bürgerfreundlicher lösen.

Handelsstandort an der Märkischen Spitze ausbauen

Die Märkische Alle ist neben der B1 die zweite große Durchgangsstraße durch unseren Bezirk. Sie ist als überregionaler Handelsstandort ausgewiesen. Die hier angesiedelten Geschäfte bringen zusätzliche Kaufkraft und zusätzliche Arbeitsplätze in unseren Bezirk. Deshalb werden wir den Ausbau weiter fördern.

Wildwuchs der Spielhallen beenden

Das Ausufern der Spielhallen in manchen Bezirksteilen verschärft die sozialen Probleme. Wenn normale Geschäfte durch die »Tempel der Spielabhängigen« verdrängt werden, führt das zu einer weiteren Verelendung der Straßen. Diese Entwicklung umzukehren wird einer unserer Schwerpunkte der Stadtentwicklung werden. Wir setzen uns gegenüber dem Land Berlin für eine Änderung der Bauordnung ein, unter Berücksichtigung der Initiativen des Landes Berlin. Unter anderem werden wir häufigere Kontrollen durch das Ordnungsamt durchführen lassen, um den Jugendschutz sicher zu stellen.

Ein neues Freibad in Marzahn-Hellersdorf errichten

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf besitzt kein offizielles Freibad. Das ist eine unbefriedigende Situation. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes sind darauf angewiesen, ihren Badespaß an illegalen Badestellen zu erleben. Dieses geht auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner und ist nicht hinnehmbar.

Die SPD wird sich für den Neubau eines großen Freibades einsetzen. Wir beabsichtigen eine der großen Freiflächen des Bezirkes hierfür zu nutzen. Der Standort muss verkehrlich, insbesondere durch Bus und Bahn, gut angebunden sein und gleichzeitig möglichst wenige direkte Anwohnerinnen und Anwohner haben. Dieses Bad wird vergleichbar mit dem wirtschaftlichen Verständnis des Bezirkes als „Solarbezirk Marzahn-Hellersdorf“ das „Solarbad“ werden. Es wird sich zu einem Großteil aus solarer Energie versorgen und sich somit in das Konzept des ökologischen Musterbezirkes eingliedern. Hierzu müssen Verhandlungen mit den Bäderbetrieben Berlin aufgenommen werden.

Den Breitensport sichern und ausbauen

Durch die in den letzten Jahren schon erfolgte Sicherung der Sportplätze und -Hallen haben wir die Voraussetzungen geschaffen den Breitensport weiter zu fördern. So können wir dem zu erwartenden Ansturm auf die Sportvereine nach Einführung des Bildungsschecks auch genügend Trainingsplätze zur Verfügung stellen. Dort wo Sportplätze durch leichtfertig vergebene Baugenehmigungen gefährdet sind, werden wir gemeinsam mit den Anwohnern eine Lösung zur Sicherung des Bestandes finden.

Touristische Anziehungspunkte ausbauen

Die Gärten der Welt sind mittlerweile weltbekannt. Sie stellen einen touristischen Anziehungspunkt dar. Gäste aus aller Welt kommen in unseren Bezirk um sie zu besuchen. Auf diese Weise wird das nicht immer positive Image unseres Bezirkes stark aufgewertet. Deshalb werden wir den weiteren Ausbau der Gärten der Welt weiterhin intensiv fördern.

Vorhandene Hundeauslaufgebiete sichern und neue schaffen

Hundeauslaufgebiete sind für Teile der Bevölkerung von hoher Bedeutung. Hierauf werden wir durch Ausweisung neuer zentral und gut erreichbarer Gebiete Rücksicht nehmen.